

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Konto: Hannover 57613 Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 200000 Mark — Geld- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen. Verantw. für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 82, 89, 98. Schied.-Konto: Offen 24171. Ust 200000 Mark — Geld- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42. Telegramm: A17666 Bochum

Baut Barricaden gegen Not u. Gefahr!

Der Ernährungskostennormen der Industrie- und Handelszeitung zeigt Anfang August eine Wertenerhöhung um das 110712fache, Ende August um das 144822fache. Der Großhandelsindex zeigt am 25. August die Ziffer 1372842, am 31. August 2280761. Die Kleinhandelspreise und damit die Kosten der Lebenshaltung gleichen sich nahezu vollständig den Großhandelspreisen an und trotz der ungleichen Erfolge der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Anpassung der Löhne an die Teuerung hört das Gland nicht auf, solange die Reparationsfrage nicht beendet, die Reparationsfrage geklärt und Wirtschaft und Finanzen Deutschlands nicht in Ordnung kommen.

Die Reichsausgaben, die in der ersten Januarhälfte 1923 102 Milliarden betragen, wuchsen in der dritten Halbjahresperiode auf 1448 Milliarden, in der ersten Julihälfte auf 6375 Milliarden, in der ersten Augusthälfte auf 61224 Milliarden. Nur der 34. Teil der Reichsausgaben wurde in den ersten 14 Monaten dieses Jahres durch Einnahmen gedeckt, der Rest durch die Notenpresse! Die schwebende Reichsschuld betrug am 10. Januar 2,2 Milliarden, in der zweiten Augusthälfte allein wuchs sie um 246 Milliarden auf 248,2 Milliarden und hat heute die erste Trillion, 1000 Milliarden, überschritten!

Wenn auch die Dollarkrise zum Teil auf gewissenlose Spekulation zurückzuführen ist, so steht sie aber auch in einem gewissen gesetzmäßigen Zusammenhang mit dem Schwanden des Geldbestandes der Reichsbank und mit dem Anwachsen des Notenumlaufs und der Reichsschuld. Ohne innere Finanzsanierung gibt es deshalb ebensowenig wirtschaftliche Gesundung Deutschlands wie es diese ohne Ruhrbesetzung- und Reparationslösung gibt.

Die Aufgaben der nächsten Zukunft sind für das arbeitende Deutschland außerordentlich trübe. Die Arbeitslosigkeit steigt! Eine Kleinwohnung kostete im August 6 bis 7 Milliarden. Stilllegung und Unterlassung von Bauten, Arbeitslosigkeit im Baubereich, in der Holz-, Eisenindustrie usw. ist die Folge.

Auch dem Bergbau drohen solche und andere Gefahren. Der passive Widerstand gegen die Franzosen an der Ruhr bringt mit seiner langen Dauer die schlimmsten Folgen für Deutschlands Wirtschaft und Finanzen. Hunderte von Millionen sind im letzten Jahre in das besetzte Gebiet geflossen. Riesenhafte Verreicherungen Einzelner an diesen Summen ist nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher. (Weil der tolle Dollarkurs kommen regelmäßig die stärksten Kaufaufträge aus dem Rheinland!) In vielfacher Hinsicht wirkt dieser uns aufgezwungene Kampf demokratisierend. Auch er hat seine von uns ständig zu bekämpfenden Stappengefahren wie seine Stappenschwäche. Aber auch im Ruhrgebiet, auch in Teilen der Arbeiterschaft, hat der Widerstand demokratisierend gewirkt! Notwendige Arbeit wird vielfach nicht so verrichtet, wie es notwendig wäre, Kartenpiel um nicht wenig Geld ist nicht selten. Aber das Wichtigste: Ohne die Ruhrfrage kann Deutschland auf die Dauer nicht sein. Hoffentlich findet recht bald die verständige Ruhrpolitik der neuen Reichsregierung Verständnis und Entgegenkommen in der Welt. Aber dann erst können Stunden der Gefahr für die Arbeiterschaft der Ruhr und Deutschlands kommen. Streikmännern hat sich für wirtschaftliche Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands ausgesprochen. Sie ist notwendig, muß aber eine Zusammenarbeit der Völker und französischer und deutscher Kapitalistengruppen sein! Die Lösung dieser Fragen erfordert zwingend starke Arbeiterorganisationen.

Die deutsche Eisenindustrie steht heute schon in großen Schwierigkeiten. Im Siegerland, dessen Produktion früher zu 80 Prozent ins Ruhrgebiet ging, vermisst man seit einem halben Jahr diesen Abnehmer. Ersatzlieferung und Arbeitslosigkeit sind die Folge. Und wenn wir einmal Frieden haben werden, dann droht die geringere Qualität des Siegerländer Erzes im Konkurrenzkampf gegen ausländische Qualitätsware Nachteile für die Arbeiterschaft des Siegerlandes an.

In der Braunkohlenindustrie drohen der Arbeiterschaft ebenfalls große Gefahren, die unbedingt eine starke Organisation erfordern. Eine gründlichste Umstellung vollzieht sich hier seit Monaten, indem besonders in den Abraumbetrieben die Einführung neuer Maschinen viele Handarbeit überflüssig macht. Den Gefahren, die eine solche Umstellung für die Arbeiterschaft mit sich bringt, kann nur durch eine starke Organisation begegnet werden.

In der Kalkindustrie scheint die Zukunft noch trostloser. Die „arme“ Landwirtschaft kann keine Steuern zahlen, sie kann auch bei den hoch gestiegenen Preisen keinen künstlichen Düngekaufen, obwohl der Preis den Weltmarktpreis nicht übersteigt, während eine Menge landwirtschaftlicher Produkte über dem Weltmarktpreis stehen.

Also: Wohin wir blicken, sind die Zukunftsaussichten nicht rosig, sondern trübe. Nur energische Unterstützung einer volkswirtschaftlich vernünftigen Wirtschafts-, einer, wie Reichsfinanzminister Dr. Gildering sagt, „brutalen“ Steuerpolitik, einer entschiedenen Währungsreform eröffnen schwache Aussichten zur Besserung der Gesamtlage Deutschlands. Diese Unterstützung ist auch Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen und sie kann nur erreicht werden mit einer starken, leistungsfähigen Organisation.

Trotz all dieser Tatsachen, die jeden Bergmann mit der Nase darauf stoßen müssen, daß es für ihn nicht Besseres gibt als die Stärkung der Organisation, hört die Herge gegen diese Organisation nicht auf. Erleichtert wird diese Herge durch das Gland, das uterand im Handumdrehen aus der Welt schaffen kann. Und wie gern nügen Scheinrabale Quertreiber und einzelne Unternehmer diese Not, das Wirtrauen gegen die Gewerkschaftsorganisation zu entfachen und zu schüren.

Die Lohnpolitik unseres Verbandes ist von draußen und drinnen vielfach angegriffen worden. Völlig mit Unrecht! Das Geschrei der Schmarotcherblätter: Die Bergarbeiterlöhne verteuern die Kohlen und damit alle anderen Produkte. Können wir hier unbeachtet lassen. Nicht die Kohle marschieren bei den maßlosen Preissteigerungen an der Spitze, sondern die nicht gemeinwirtschaftlich gebundenen, nicht durch hohe Subventionen behafteten Produkte anderer Industrien. Das wäre nie so schlimm geworden, wenn man den Forderungen der Arbeitnehmerschaft entsprochen und auch die anderen Schlüsselindustrien gemeinwirtschaftlich gebunden hätte. Das geschah nicht, die Gewinne in diesen Industrien, verdeckt in Substanzvermehrung, in neuen Sachwerten, waren riesenhaft und so konnten sich diese Industrien erlauben, immer wieder höhere Spitzelöhne zu gewahren, als das im Bergbau möglich war. Diese Politik war ein Grund stets erneuter Erregung im Bergbau. Wir konnten ihr nicht begegnen, indem wir sagten: Freigabe der Kohlewirtschaft ohne Rücksicht auf das, was folgt, aber wir sind der Entwicklung begegnet mit immer stärkerer Betonung der Notwendigkeit: Erst Löhne, die nach Möglichkeit an die Lebenshaltungskosten angeglichen sind, dann andere volkswirtschaftliche Erwägungen. Unsere letzte Berliner Bezirksleiterkonferenz hat diese Politik des Verbandsvorstandes gutgeheißen und sie wird auch in Zukunft rückhaltlos befolgt werden.

Für diese Politik kann es aber nichts Schlimmeres geben als die Methode der Putzse, „Generalstreiks“ oder der neuen „passiven Resistenz“ gegen die eigene Wirtschaft, wie sie im Ruhrgebiet geübt wurde.

Wir beargwöhnen jede Aufsehnung des hungernden Volkes gegen die Not der Zeit, aber wir können nicht jede dieser Aufsehnungen mitmachen, unterstützen oder finanzieren. Wir müssen uns immer fragen: Wie sieht diese Aufsehnung aus, was steht dahinter, wie ist ihr Erfolg?

Die Methode des „Generalstreiks“, bei dem die Arbeiterschaft von Struktursgruppen junger Parteien nach kommunistisch-unionistischer Vorbildart gewaltsam aus den Betrieben geholt wird, lehnen wir ab. Eine Welle solcher Putzse zitterte im Juli-August durch die verschiedenen Bergbaubezirke Deutschlands, nur Oberschlesien und einige Randgebiete wurden davon verschont. Die fürchterliche Not, Folge der sprunghaften Geldentwertung und Teuerung, entschuldigt dieses. Sie entschuldigt aber nicht, daß unsere erfahrenen Verbandsfunktionäre eine solche Bewegung irgendwie fördern oder daß sich gar Verbandsfunktionäre in ihren Diensten stellen!

Unser noch hat sich gezeigt, daß der Erfolg solcher Bewegungen größerer Not der Arbeiterschaft ist. Ganz abgesehen davon, daß die Schwächung der Bewegung, der Organisation vielfach mit falschen Methoden Hand in Hand geht und eine große Zukunftsfähigkeit für die Bergarbeiterherausbeschäftigt. Für den Augenblick mag eine solche Bewegung hier und da mal einen kleinen Schein-erfolg bringen, aber auch das sind nur Ausnahmen, in der Regel ist der Lohnverlust weit größer, als irgend eine erzwungene Lohnsteigerung von zwei oder fünf Millionen, die in wenigen Tagen nichts mehr bedeutet und in keiner Weise erlittenen Lohnverlust ausgleicht. Nur die Angleichung der Löhne an die Lebenshaltungskosten, wie sie unser Verband, wenn auch noch nicht ganz zufriedenstellend, so doch annähernd erreicht hat, kann hier helfen.

Was hat die neue „passive Resistenz“ im Ruhrgebiet gebracht? Keinen Erfolg, der sich lohnt, der die Macht der Arbeiterorganisationen stärkt, sondern Entgaltungen der Bewegung aus den Händen der kommunistisch-unionistischen Quantitäten und Einzelverhandlungen mit den Franzosen, die zwar 20 Prozent mehr Lohn und (sehr unbestimmte) Lebensmittel versprochen, dafür aber acht Stunden unterirdische und zehn Stunden Arbeit über Tage verlangten. Können solche „Erfolge“ verlocken, diese Wege weiter zu gehen? Oder sind sie nicht eine erste Warnung, es so zu machen wie die 50000 Kameraden im Ruhrgebiet, die in den letzten Wochen neu in die Reihen unserer Verbandskameraden eingetreten sind?

Die Million Goldmark, die von Moskau der kommunistischen Betriebsrätezentrale, zur Agitation zur Verfügung gestellt wurde, hat zweifellos für die „Generalstreiks“ und dergleichen Verwendung gefunden, denn was in den verschiedenen Bezirken an kommunistischen Flugblättern in dieser Zeit geleistet wurde, können Deutsche nicht bezahlen. Das Moskau und auf dessen Geheiß die KPD-Zentrale eine „neue Aktion“ befohlen haben, wies der „Vorwärts“ nach in einem Bericht über eine KPD-Versammlung in Weimar, in der sich Funktionäre der KPD, lebhaft über die Parolen à la 1921 beklagten. Das Bremer Kommunistenblatt änderte im gleichen Sinn einen Aufruf der Zentrale und erhielt von dieser einen Rückf. es habe die Beschlüsse der Zentrale bis auf den Punkt über dem i zu erfüllen.

Diese Paroleschmiede, die nicht ruhig schlafen können, wenn sie mal an einem Tag keine neuen Aufrufe oder keine neue „Aktion“ ausgehert haben, werden auch künftig ihre Versuche nicht aufgeben. Aufgabe unseres Verbandes, seiner Funktionäre und Mitglieder ist es, diesen Paroleschmieden die Tür zu zeigen, die bezirksweise vorhandene Mitgliederzunahme für den Verband überall zu weigern, damit wir das Recht und die Macht haben, dabei zu sein, wenn der Ruhrkrieg liquidiert, die Reparationsfrage gelöst und der Grundstein zu Deutschlands wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Wiederaufbau gelegt wird.

Löhne im Bergbau.

Ab 10. September werden die Löhne um 27,6 Prozent erhöht. Es betragen aber die Durchschnittslöhne pro Schicht einschließlich Soziallohn:

Westfälischer Steins- und Braunkohlenbergbau	56000000 Mk.	Mitteldeutsche Braunkohle:	
Ob.-Schlesien	44013815	Karlsruher	40683705 Mk.
N.-Schlesien	41564610	Randrevier 1	95 %
Sachsen	48079798	Randrevier 2	92 %
N.-Sachsen	39812800	Randrevier 3	90 %
Jübenbüden	4223175	Summe:	
		Westphale	40683705 Mk.
		Stettin	35147293
		Braunkohle	38193198

Für die übrigen Bergbauindustrien wurde bei Redaktionschluss noch verhandelt.

Der ADGB zur Wirtschaftslage.

Der Bundesauschuss hat sich am 7. September mit der gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage beschäftigt. Er legte seine Meinung in einer Entschließung nieder, welcher wir auszugeweiht folgendes entnehmen:

Die Währungsfrage.
Die infolge der Papiergeldflut zusammengebrochene Finanzwirtschaft hat die Kaufkraft der auf die Papiergeldwährung angewiesenen Volksteile vermindert und die gesunkene Kaufkraft eine katastrophale Krise der Volkswirtschaft herbeigeführt. Weil die Papiermark immer mehr als Zahlungsmittel verweigert wird, folgen große Versorgungs- und Arbeitslosigkeitsgefahren. Soll eine Wirtschaftskatastrophe umgangen werden, so ist eine neue wertbeständige Währung notwendig. Der Bundesauschuss verlangt deshalb die Schaffung einer wirklichen Geldwährung, vornehmlich weicher der Staatshaushalt ins Blickfeld, die Wirtschaft in Ordnung und die Kaufkraft wiederhergestellt werden kann. Zur Sicherung einer solchen Währung kann nicht der unbestimmte Begriff des gesunkenen konvertiblen Vermögens ansetzen, sondern es müssen reale, in die Macht des Staates gegebene Vermögensobjekte als Grundlage dienen.

Die Arbeitslosenfrage.

Voranschaulich wird, wie immer die Entwicklung der Wirtschaft sein wird, eine Vermehrung der Arbeitslosen eintreten. Es gehört zur Aufgabe des Staates, den Arbeitslosen und Kurzarbeitern mit Unterstützung beizustehen, und, soweit möglich, durch schnell organisierte Maßnahmen der produktiven Erwerbslostenfürsorge vermehrte Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Selbst gesteigerte und verbesserte produktive Maßnahmen werden jedoch zur Aufnahme aller Erwerbslosten nicht genügen. Diese Arbeitslosen müssen deshalb durch folgende Maßnahmen abgemildert werden:

- 1. Ungruppierung der Arbeitslosen.**
Zahlreiche Arbeiter und Angestellte, besonders Jugendliche und Unverheiratete, müssen zum Teil aus ihrem jetzigen unproduktiven Beruf herausgenommen werden (Werkstätten, nötigenfalls auch Arbeitsstellen). Die Ungruppierung soll der Erweiterung der Produktion dienen; notwendig ist deshalb, die Verstärkung der Arbeitsmöglichkeit im Bergbau, in der Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft.
- 2. Arbeitsbeschaffung durch Preisbildung.**
Zur Überwindung der Krisen ist ein starker Preisabbau erforderlich, damit die Waren von der Kaufkraft wieder aufgenommen werden können. Das die Preise ungünstig beeinflussende Syndikats- und Kartellwesen muß eingebremst werden. — Weiter ist die Preisbildung dadurch zu beschleunigen, daß der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher gefördert wird. Hierdurch wird jeder überflüssige und nur vertuernde Zwischenhandel an erfolgreichsten ausgeschaltet. — Wegen den billigen Auslandsverlauf auf Kosten übersteigter Inlandspreise sind gleichfalls Maßnahmen zugunsten der Preisbildung im Inlande zu treffen. — Auch die Rohstoffpreise müssen in dieser Krisenzeit niedergehalten werden. Die Regierungen haben sofort mit erforderlichen Maßnahmen dem Rohstoffwucher entgegenzutreten.

3. Die Ausfuhr

Deutsch Waren soll gesteigert werden. Die Ausfuhrkontrolle muß beibehalten werden, auch die Ausfuhrabgaben, deren Höhe im einzelnen der jeweiligen Prüfung unterliegen muß. Alle Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr müssen so gehalten sein, daß sie im Auslande keine Abwehrmaßregel gegen deutsche Konkurrenz herbeiführen.

Die Lohnpolitik.

Zur Wahrung der gemeinsamen Interessen auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik beschließt der Bundesauschuss:

- den Bundesvorstand zu beauftragen, eine Abteilung für Lohn- und Tarifpolitik im Bundesbureau einzurichten;
- einen Lohnpolitischen Ausschuss einzusetzen, der aus besonders erfahrenen Verbandsfunktionären gebildet wird.

Der Lohnpolitische Ausschuss soll, unbeschadet des in § 38 der Bundesatzung aufgestellten Grundgesetzes, daß die Führung der Lohnbewegung die eigene Aufgabe jeder Gewerkschaft ist, folgende Aufgaben erfüllen:

- in Gemeinschaft mit dem Bundesvorstand Richtlinien für die allgemeine Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften aufzustellen und dieselben jeweils dem Wechsel der Verhältnisse rechtzeitig anzupassen;
- dem Bundesvorstand bei entsprechenden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber beratend zur Seite stehen und ihn eventuell zu vertreten;
- die Lohn- und Tarifbewegungen im allgemeinen und die Praxis der Arbeitgeberverbände im besonderen zu beobachten, Material hierüber sowie Erfahrungstatsachen zu sammeln und den Gewerkschaften zur Kenntnis zu bringen;
- für gewisse Teile der Tarifverträge, die eine einheitliche Formulierung gestatten, Normalbestimmungen ausgearbeiten, die den einzelnen Gewerkschaften als Muster dienen können.

Die Verbände der Banarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Sanfter, Tapezierer und Worenfabrikanten, Schuhmacher, Textilarbeiter, Transportarbeiter entsenden je ein Mitglied in den Lohnpolitischen Ausschuss. Seine Einberufung erfolgt durch den Bundesvorstand. Die Geschäftsleitung obliegt der Abteilung für Lohn- und Tarifpolitik im Bundesbureau.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Erhöhung der Grundlöhne.

Nach der Verordnung über die Grundlöhne in der Krankenversicherung vom 31. August 1923 können die Krankenkassen im unbesetzten Gebiet den Ranggrundlohn auf das Siebenfache der Reichsrichtzahl und im besetzten Gebiet auf das Neunfache heraufsetzen.

Stehende Unfallrente.

Durch das Gesetz über die Änderung in der Unfallversicherung vom 20. August 1923 werden die Bestimmungen des Gesetzes über Zulagen in der Unfallversicherung wieder geändert. Zunächst wird der Kreis der Zulageberechtigten erweitert. Während nämlich bisher nur diejenigen Unfallinvaliden Zulagen bekommen, deren Rente oder mehrere zusammen 83% Prozent und mehr betrug, werden nach dem neuen Gesetz die Zulagen auch diejenigen Unfallinvaliden erhalten, die eine Unfallrente oder mehrere zusammen von 29 Prozent und mehr beziehen. Außerdem werden jetzt die Unfallrenten zweimal im Monat und zwar für je einen halben Monat im voraus gezahlt. Die gleiche Erhöhung der Renten wird dadurch erzielt, daß das Gesetz bestimmt, daß als anwachsender Jahresarbeitsverdienst, der bei der Berechnung der erhöhten Zulage zugrunde zu legen ist, ein im Gesetz näher bestimmter abgestuftester fester Betrag, vertrieht mit dem Effektivmonatsverdienst der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Reichsrichtzahl (Reichsindex für Lebenshaltungskosten), zu gelten hat.

Die Abstrafung des festen Betrages ist die gleiche wie bisher. Der Betrag ist also verschieden für landwirtschaftliche männliche Arbeiter, für landwirtschaftliche weibliche Arbeiter sowie für gewerbliche Arbeiter. Außerdem ist er verschieden für Unfallrentenbesitzer, deren bisherige Rente weniger als 50 Prozent und deren Rente 50 Prozent und mehr beträgt. Für einen Bezugslohn, der eine Rente von 20 Prozent und mehr, aber weniger als 50 Prozent beträgt und dessen ursprüngliche Höhe nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines gewerblichen Arbeiters festgesetzt wurde, wird als Jahresarbeitsverdienst, der bei

der Berechnung der neuen höheren Zulagen zugrunde gelegt werden muß, der feste Betrag von 450000 Mk. vervielfacht mit elf Zehntausendstel oder Reichsrichtzahl bestimmt.

Wenn die Zulage für die erste Hälfte des Monats zu gewähren ist, so ist zur Berechnung die Reichsrichtzahl heranzuziehen, die zwischen dem sechzehnten und zehnten Tage vor dem ersten des Zahlungsmonats veröffentlicht worden ist, wenn aber die Zulage für die zweite Hälfte des Monats zu gewähren ist, so ist die Reichsrichtzahl maßgebend, die zwischen dem sechzehnten und zehnten Tage vor dem Schluß des Monats veröffentlicht wurde.

Da viele Kameraden doch wissen möchten, was sie eigentlich zu bekommen haben, so sei hier an einem Beispiel die Berechnung der Zulagen erläutert. Gelegt den Fall, daß ein Kamerad, dessen bisherige Monats nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines gewerblichen Arbeiters festgesetzt wurde, eine Rente von 20 Prozent der Vollrente bezieht, so berechnen sich seine neuen Bezüge wie folgt: 450000 x elf Zehntausendstel der maßgebenden Reichsrichtzahl = Jahresarbeitsverdienst, davon 66 2/3 % = Jahresbetrag der Vollrente, davon 20 Proz. = Jahresbetrag der Teilrente, geteilt durch 12 = Monatsrente, geteilt durch 2 = halbe Monatsrente. Für die erste Hälfte des September ist als elf Zehntausendstel der Reichsrichtzahl einheitsmäßig für das ganze Reichsgebiet die abgerundete Zahl von 850 festgesetzt worden. Also muß, in Zahlen ausgedrückt, seine neue erhöhte Rente sich so berechnen: 450000 Mk. x 850 = 382500000 Mk. Jahresarbeitsverdienst, 66 2/3 Prozent davon = 255000000 Jahresbetrag der Vollrente, davon 20 Prozent = 51000000 Jahresbetrag der Teilrente, geteilt durch 12 = 4250000 Betrag der Monatsrente, geteilt durch 2 = 2125000 Mk. halbe Monatsrente.

Für einen Verletzten, der 50 Prozent und mehr der Vollrente bezieht und dessen ursprüngliche Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines gewerblichen Arbeiters festgesetzt wurde, beträgt der feste Betrag zur Berechnung des neuen Jahresarbeitsverdienstes 1152000 Mk. Die Rente für einen Verletzten, der bisher 50 Prozent der Vollrente bezog, sind für die erste Septemberhälfte wie folgt zu berechnen: 1152000 x 850 = 979200000 Jahresarbeitsverdienst, 66 2/3 Prozent davon = 652800000 Jahresbetrag der Vollrente, 50 Prozent davon = 326400000 Jahresbetrag der Teilrente, geteilt durch 12 = 27200000 Monatsrente, geteilt durch 2 = 13600000 Mk. halbe Monatsrente.

Der Jahresarbeitsverdienst für die Berechnung der Zulagen für Hinterbliebene berechnet sich nach dem gleichen festen Betrage wie der für Unfallrentenbezieher von 50 Prozent und mehr. Die Rente für einen Hinterbliebenen berechnet sich also für die erste Septemberhälfte wie folgt:

1152000 Mk. x 850 = 979200000 Mk. Jahresarbeitsverdienst, ein Fünftel davon = 195840000 Mk. Jahresbetrag der Hinterbliebenenrente, geteilt durch 12 = 16320000 Mk. Monatsrente, geteilt durch 2 = 8160000 Mk. halbe Monatsrente.

Für das besetzte Gebiet sind die festen Beträge zur Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes um 25 Prozent höher, so daß auch die hier errechneten Beträge um ein Viertel höher sind. Zur Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes für die zweite Septemberhälfte ist als elf Zehntausendstel der Reichsrichtzahl die Zahl 2050 festgesetzt. Bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes sind also die festen Beträge anstatt mit der Zahl 850 mit 2050 zu vervielfachen. Die Renten ergeben sich dann, wenn man nach der in den Beispielen gezeigten Einrechnung rechnet.

Die Bestimmung, daß Jugendliche unter 16 Jahren nur 60 Prozent und Jugendliche von 16-21 Jahren nur 80 Prozent der erhöhten Renten beziehen, gilt noch weiter.

Aus dem Kreise der Kameraden. Das Hindernis besserer Erfolge!

Wenn zwei Parteien am Verhandlungstisch sitzen, so hat jene Partei die beste Aussicht aufs Durchbringen ihrer Forderungen, die den besten Halt im Rücken hat. Verhandeln Arbeitervertreter mit den Unternehmern, so bilden die Organisationsmitglieder das Rückgrat ihrer Verhandlungsführer.

Wenn aber die Organisationsvertreter „Vertreter an der Arbeiterseite“ im Rücken haben? Dann stellen die Unternehmer ihre Berechnung auch auf diese Vertreter ein.

Darum höret, Kameraden: Wenn ein Unorganisierter über geringe Löhne klagt oder gar deshalb auf die Organisationen schimpft, so zeigt mit dem Finger auf ihn und sagt:

„Du bist schuld an allem Elend, welches dich und uns alle bedrückt. Die Unternehmer haben deinen Unverstand in die Söhne mit hineingerechnet. Du bist ein Vertreter an dir selbst, an uns allen und unseren Familien. Stärke die Organisation, damit du bei Verhandlungen den Unternehmern nicht als Selbst- und Brudermörder dienst.“

Kameraden! Fragt die Unorganisierten, warum ihnen die Unternehmung auch die tariflichen Organisationsvertreter zahlen. Geben sie euch eine ausweichende oder keine Antwort, so sagt ihnen, daß sie für den Verrat an der Arbeiterschaft entschuldigbar werden. Sie erhalten ein Grabenbrot, wie es etwa ein Hund „aus der Hand des Herrn“ empfängt.

FFF, die drei Galgen des Kapitalismus.

Die Anhänger Silvio Gesells, welche die Wirtschaft mit Freiland-Freigeld heißen wollen (in einer Versammlung hörten wir mal den beißend-satirischen Zuruf: „Freigeld, Freiland, Freibrand“), hängen Plakate mit drei großen FFF aus und verkünden stolz, daß diese Zeichen drei Galgen für den Kapitalismus bedeuten. Wie sieht es damit aus? In seinem Hauptwerk über „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ sagt Silvio Gesell in der Einleitung auf Seite 2:

„Der den Sozialisten von H. J. Proudhon bereits vor 50 Jahren gezeigte Weg, das Kapital mit unerschöpflicher, fleißiger, schaffender und ungeschwätzter Arbeit bewußt auszureißen und zur Strecke zu bringen, ist ihnen heute unverwundlicher noch als damals... Warum es der Marx'sche Lehre vom Kapital gelang, die Proudhon'sche Lehre zu verdrängen und die sozialistische Bewegung zur Allein herrschaft zu bringen? Warum spricht man in allen Zeitungen der Welt von Marx und seiner Lehre? Einer meinte, das läge an der Spinnungslosigkeit und entsprechenden Hartnäckigkeit der Marx'schen Lehre. Kein Kapitalist fürchte diese Lehre, wie auch kein Kapitalist die christliche Lehre fürchte. Es wäre geradezu vorteilhaft für das Kapital, möglichst viel und best von Marx und Christus zu haben. Marx würde ja dem Kapital niemals etwas anhaben können, weil er die Natur des Kapitals falsch beurteilt. Bei Proudhon dagegen, da heißt es aufpassen. Daher ist es, ihn totzuschweigen. Er ist ein gefährlicher Feind. Denn es ist ein sicheres Erfahrungsmaß, was er sagt, wenn die Arbeiter ungeachtet, ungehemmt, ununterbrochen arbeiten dürfen, das Kapital bald in einer Kapital-Überproduktion - nicht mit Warenüberproduktion zu verwechseln - erstickt würde. Das, was Proudhon zur Bekämpfung des Kapitals empfiehlt, kann heute unmittelbar in Angriff genommen werden, ist also gefährlich. Spricht doch das Marx'sche Programm selber von der gewaltigen Produktionskraft des mit den neuesten Werkzeugen ausgerüsteten, modernen, geschulten Arbeiters. Marx kann mit dieser gewaltigen Produktionskraft durchaus nichts anfangen; in den Händen Proudhon's wird sie zu einer Waffe allerersten Ordung gegen das Kapital. Darum redet viel und breut von Marx, so wird man Proudhon vielleicht ganz vergessen. - Mir scheint, daß der Mann, der so redete, recht hat!“

Auf Seite 3 der Einleitung sagt Gesell dann u. a. weiter: „Wir Marx sind Streiks, streifen willkommene Ereignisse und die schließliche gewalttätige Enteignung der Enteigner das Mittel zum Zweck. Proudhon dagegen sagt: „Lohnt euch unter letzter Bedingung von der Arbeit ab, nichts kann das Kapital mehr, als der Streik, die Arbeitslosigkeit, nichts kann das Kapital schneller vertragen als eine unerschöpfliche Arbeit.“

Die Erkenntnis, daß der Kapitalismus durch größte Arbeitsleistung seitens der Arbeiter erwidert werden soll, waren also gemessenmaßen die Beweggründe zu der Lehre Silvio Gesells. Denn, so sagt Gesell, was Proudhon sagt, ist einfach unbestreitbar richtig. Wenn die Anhänger der Freiland-Freigeldlehre erst mal ihren Meister begriffen haben, dann werden sie in eine Arbeitsamt verfallen, wie sie die Welt noch nie gesehen. Sie werden arbeiten, arbeiten und immer fester arbeiten, um den Kapitalismus kaputt zu arbeiten. Wir beklagen, daß die Kapitalisten eine solche Geisteszüchtigung wirksam unterliegen werden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Schädigung unseres Verbandes

haben sich verschiedene Zechenbeamte zur Aufgabe gemacht. Bei genauerem Hinsehen findet man, daß es meist Beamte sind, deren geistige Fähigkeit nicht zu produktiver Arbeit hinreicht, Hilfslosigkeit gegenüber der Belegschaft ihre zweite Natur ist.

Von der Zeche Wiese berichten Verbandskameraden, daß sie der Betriebsführer Fortmann mit folgenden Worten vom Verband wegzuschleichen versucht: „Was tun Sie denn noch im Verband? Die Beiträge können Sie sich sparen!“ Befragten will Fortmann seine gelben Mäntel mit dem Hinweis, daß die Aussperrung der Belegschaften in der Arbeitsgemeinschaft vereinbart worden ist. Weil auch von anderen Zechen dieselben Behauptungen höherer Zechenbeamten gemeldet wurden, brachten unsere Vertreter dieses bei der Verhandlung am 10. September zur Sprache. Ein leitender Vertreter des Zechenverbandes erklärte, daß solche Nebenarten Unfug seien, da eine Vereinbarung über die Aussperrung nicht bestehe.

Hoffentlich genügt dieses Zeugnis eines Zechenbesitzervertreters denjenigen Beamten: „Sie schwägen Unfug!“ Mehr und ernsterer Worte sind sie in der Tat nicht wert. Unsere Kameraden mögen solchen „gebildeten Herrn“ dieses Spiegelbild unter die Nase halten.

Ist es an sich schon unseren Verhandlungsführern bekannt, daß die Unternehmervertreter auf jede falsche Wortwendung warten, um sie zwecks Schädigung der Organisation draußen auszunutzen (die Radikalen mögen also ruhig schlafen, sie werden eventuelle Fehltritte der Vertretervertreter brünnwarm gewahr), so ist zu erwarten, daß, eben in Ermangelung von Tatsachen, übereifrige oder unfähige Zechenbeamte sich solche Fälle konstruieren, zurecht-drehen. Wo in Lohn-, Deputatlohlenfragen ufm. die Zechenbeamten das Drängen der Belegschaften nicht mit eigener Kraft abzuwehren in der Lage sind, vertreiben sie sich hinter die Arbeitsgemeinschaft. Ost besitzen sie den traurigen Mut, zu sagen, daß die Arbeitervertreter nicht mehr verlangen. Das sagen sie oft selbst dann, wenn Schiedsprüche vorliegen. Wo solche dumme Nebenarten unseren Kameraden entgegengehalten werden, teile man uns dieses mit. Wir werden diese unfähigen Tröpfe entsprechend beleuchten.

Neue unerhörte Provokationen

durch gewissenlose Zechenbeamte werden uns in letzter Minute vor Redaktionsstisch gemeldet:

Direktor Kujerman der Zeche Kaiser Friedrich äußerte sich jüngemal vor versammelter Belegschaft am 15. Sept.: „Ich habe kein Geld und kann Euch auch kein beschaffen, selbst wenn Ihr mich totschlagt. Ihr habt Euch ja selbst Eure Vertreter in die Arbeitsgemeinschaft gewählt, an diese müßt Ihr euch wenden, die sind auch schuld, daß Ihr nicht mehr Geld bekommt!“ Wir persönlich wissen sehr wohl, daß der Lohn unzureichend ist.

Herr Hofmann von Kaiserstuhl II äußerte sich am 14. September in gleichem Sinne, fügte aber noch hinzu:

„Wenn ich heute von den Organisationen Bescheid erhalte, daß ich Abschlag zahlen soll, bin ich morgen in der Lage, die Belegschaft zu lösen.“

Dieser Außerung steht gegenüber, daß in der Verhandlung am 10. September unsere Vertreter für die Woche eine zweimalige Abschlagszahlung verlangt haben und daß am 14. September (Freitag) mehr als 50 Prozent ausgelohnt werden sollten. In der Verhandlung am 14. September verlangten wieder unsere Vertreter, daß bereits am Montag, den 17. September, wieder ausgezahlt werden sollte. Dieses wurde rumbweg abgelehnt mit der Begründung, daß selbst die Abschlagszahlung am 18. September Nacharbeit des Bureaupersonals erfordere.

Das Fazit des Ganzen ist: Die Verbandsvertreter haben in den Verhandlungen alles versucht, um die Kameraden vor größter Not zu schützen. Die Zechenbesitzer lehnten die geforderten Maßnahmen ab und ihre Vertreter versuchen jetzt die Schuld ihrer Herren und die Erbitterung der Belegschaften auf die Organisationen abzuwälzen. Wenn diese Beamten den Arbeitern nichts Besseres vorzusetzen vermögen, als solche sichtlich erfundene Verdächtigungen der Organisationen, dann braucht sich kein Mensch zu wundern, wenn die Bergarbeiter auf das gleiche Niveau verfallen und die dummen Ausreden mit ebenso dummen aber fühlbaren Mitteln beantworten. Nur ein einfältiger, kurzschichtiger Mensch versucht begangene Schuld mit Unwahrscheinlichkeiten zu verteidigen und andere, die alles zum Guten geboten haben, zu belasten.

Deputatlohlenbezug im Einbruchgebiet.

Hinweisen auf die Deputatlohlen-Notiz in voriger Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir folgendes mitzuteilen: Es scheint, daß sich die Besatzungsmachthaber nun doch etwas anders benehmen haben. Aus einigen Bezirken wurde uns mitgeteilt, daß Passierscheine für Deputatlohlen ausgestellt werden. Die Ausstellung dieser Scheine erfolgt jedoch nicht einheitlich für das ganze Gebiet. Auf einigen Gruben, besonders solchen mit minderwertiger Kohle, werden solche bis zu 5 To. je Belegschaftsmittelglied, also ein ganzes Jahresquantum, freigegeben. Von anderen Zechen wird berichtet, daß nur eine sehr beschränkte Anzahl dieser Scheine mit dem Anhangen ausgestellt werden, daß die Belegschaften zunächst befriedigt werden sollen.

Von Concordia wird berichtet, daß für alle Schächte dieser Belegschaft nur 6 Zentner pro Monat und Belegschaftsmittelglied freigegeben werden. Die Kohlen dürfen nur an zwei Tagen in der Woche, Dienstag und Donnerstags, abgegeben werden. Die Zulassung der Abfuhr an nur zwei Tagen in der Woche wird auch aus anderen Orten gemeldet. Damit soll also die Abfuhr bedeutend erschwert werden, weil bei dem heutigen Fuhrwerksmangel - die Lebensmittelversorgung nimmt viel Fuhrwert in Anspruch - die Kohlenversorgung an zwei Tagen in der Woche nicht bewältigt werden kann.

Eine Beschränkung des Deputatlohlenrechts bedeutet auf den Concorbischächten die Reduzierung auf nur 6 Zentner pro Monat. Den deutschen Grubenbesitzern haben die Organisationen in unüßvollen Verhandlungen 100 Zentner pro Jahr abgerungen. Die Besatzungsmachthaber diktierten eben, kraft ihrer auf Worbewerzeuge gestützten Macht, nur 6 Zentner monatlich, das sind 72 Zentner pro Jahr. Und diese Menschen wollen der rheinisch-westfälischen Bevölkerung die Freiheit bringen. Nein, mit der französischen Nationalen kann es keine Ehegemeinschaft geben; sie scheint, entgegen den schmerzlichen Bildern auf den Flugblättern eine Lanzette ungeliebter Sorte zu sein.

Borgänge auf der Zeche Doelke.

Am 28. Juli wurde die Zeche vollständig besetzt. Am 29. Juli, morgens, war die erste Verhandlung zwischen den Betriebsausschüssen beider Schichtanlagen und den Franzosen. Die Belegschaften traten sofort in den Streik. Von den Franzosen wurde verlangt, daß die Belegschaften die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Ihnen wurde geantwortet, daß die Belegschaften nur dann die Arbeit aufnehmen würden, wenn die Zechenplätze von den Franzosen geräumt werden. Es wurde nun zugegeben, daß die Militärposten sich zurückziehen und die Techniker frei-hand im Betriebe gehalten sollten. Dieses

wurde jedoch von den Betriebsräten abgelehnt, darauf fanden noch mehrere Sitzungen statt, doch immer dasselbe Resultat.

Am 22. August wurde der Betriebsrat von den Franzosen zu einer neuen Sitzung geladen und folgendes Angebot gemacht: „Lebige Arbeiter erhalten aus der Franzosenverkaufsstelle nach jeder verfahrenen Schicht folgende Lebensmittel gratis: 1500 Gramm Brot, 1000 Gr. Kartoffeln, 100 Gr. Schmalz, 100 Gr. Zucker, 150 Gramm Fleisch und 50 Gr. Schmalzfleisch sowie 50 Gr. Fett und getrocknetes Gemüse. - Verheiratete bis 3 Kinder: 2000 Gr. Brot, 1500 Gr. Kartoffeln, 150 Gr. Schmalz, 150 Gr. Zucker, 200 Gr. Fleisch, 75 Gr. Schmalzfleisch, 75 Gr. Fett und getrocknetes Gemüse. - Verheiratete mit über 3 Kindern proportional mehr.“

Der Lohn kann von jeder Gruppe angegeben werden und wird der Geldentwertung entsprechend alle 10 Tage gezahlt. Die Beamten können ihre Gehaltsansprüche stellen.

Am 26. August wurden die Betriebsräte wieder geladen und das Angebot wiederholt: es sollte der Belegschaft in einer Versammlung mitgeteilt werden. Die Versammlung fand am 27. 8. statt. Kamerad Oesterreich gab den Bericht. Anwesend war auch ein französischer Ingenieur. Die Belegschaft lehnte es einstimmig ab, unter Franzosenregie zu arbeiten und verlangte, daß die Zeche von den Franzosen geräumt werden müßte, bevor sie die Arbeit aufnehmen. Die Lebensmittel soll der Franzose den eigenen Arbeitern in Frankreich geben, damit diese nicht hungern müssen.

Erflohen.

Schon wieder ist ein Verbandskamerad von einem Franzosen erflohen worden. Der Hergang war folgender: Der Eisenbahnübergang beim Schloß Wadenhorst darf nach 8 Uhr nicht mehr passiert werden. Die Kameraden, welche auf der Zeche Friedrich der Große beschäftigt sind und diesen Weg passieren müssen, beiliegen sich stets, um vor 8 Uhr den Übergang zu passieren. Am 10. September ging unser Kamerad Simon aus Raugel nach Angabe des Postens mit noch drei anderen Kameraden diesen Weg und wurde von dem Posten angehalten, weil es bereits fünf Minuten nach 8 Uhr gewesen sein soll. Simon wollte nun seine Uhr herausziehen, der Posten schob ihm jedoch im Augenblick a 3 drei Meter Entfernung eine Kugel durch die Brust. Unser Kamerad fiel tot hin, die Uhr in der Hand haltend.

Der Posten gibt an, daß er das Herausziehen eines Revolvers befürchtete. Die drei anderen Begleiter sollen nach dem Schuß geflüchtet sein. - So fallen Menschenopfer massenhaft, Opfer nationaler Freiheitsträger. Wann werden die französischen Militärs ihren christlich genug sein und eingestehen, daß ihre Phrase von französischer Freiheit nackte Frechheit ist?

Polnische Bergarbeiter für die Franzosen.

Die Tatsache, daß polnische Kameraden sich vielfach den Franzosen, sei zu Arbeit oder auch zu Spionagebesten und Demontierungen, zur Verfügung stellen, ruft in Kameradenkreisen eine Empörung hervor, die sich in Zuschriften an uns und persönlichen Besuchen äußert. Wir werden zu dieser Frage grundsätzlich in der nächsten Nummer unserer Zeitung Stellung nehmen, möchten aber heute schon darauf warnen, einen Massenhaß aufkommen zu lassen. Man vermeide Gefährlichkeiten, weil dadurch auch edle Kameraden, wie sie unter den Polen zu finden sind, verfehlt werden könnten. Auch wir finden die Handlungsweise der Polen durchaus verwerflich und sehen darin einen charakterlosen Mißbrauch der Gastfreundschaft, die ihnen die deutsche Republik gewährt. Es handelt sich jedoch nur um die sogenannten Nationalpolen. Viele Träger polnischer Namen fühlen und denken deutsch, sind ungetrieben von deutscher Kultur. - Die Erbitterung gegen die Handlungsweise dürfte ihre Abkühlung finden, wenn man bedenkt, daß es auch leider, wenn auch in geringerer Maße, deutsche Arbeiter gibt, die dasselbe tun. Es gelangen aber auch Zuschriften an uns, in welchen polnische Kameraden eine tiefe Abscheu vor der Handlungsweise ihrer Landsleute ausdrücken.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Zahlreiche Eruge.

Am 8. September verstarb der Kamerad Ludwig Kessler nach kurzem Krankenlager an Gehirnentzündung. Er war Betriebsratsmitglied und Kassierer unserer Zahlstelle. Wir verlieren an ihm einen der besten und treuesten Mitglieber. Möge sein Wirken allen Kameraden ein leuchtendes Vorbild sein. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Zurücknahme einer Beleidigung.

Wie unseren Kameraden durch die „Bergarb.-Ztg.“ bekannt geworden ist, hat der frühere Angestellte des Verbandes in Oberschlesien, Peter Mischuba, der aus dem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens flüchten mußte, in einer Versammlung am 24. September 1922 in Erkenschwid gegen unsere Bezirksleitung in Oberschlesien schwere Vorwürfe erhoben. Unser ober-schlesischer Bezirksleiter, Kamerad Franz, hat daraufhin Klage angekrengt, da die aufgestellten Behauptungen, soweit sie unsere Bezirksleiter betrafen, vollständig unwahr waren. Ehe noch die Klage zum Austrag kam, ist Mischuba, der jetzt wieder in Oberschlesien arbeitet, auf unserem dortigen Bezirksbureau vorstellig geworden und hat seine Aufschuldigungen zurückgenommen. Er übersendet uns folgende Erklärung:

In einer öffentlichen Versammlung am 24. September 1922 in Erkenschwid bei Reddinghausen habe ich u. a. auch einige Vorwürfe gegen die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien, insbesondere gegen den Bezirksleiter, Kameraden Franz, erhoben. Da meine Verammlungsrede zu Mißdeutungen Anlaß gegeben und die Ausführungen über den Kollegen Franz geeignet waren, ihn zu verletzen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, so erkläre ich hiermit, daß die von mir aufgestellten Behauptungen unrichtig waren und nehme sie mit Bedauern zurück. Ich kann dem Kameraden Franz weder direkt noch indirekt über sein Verhalten den geringsten Vorwurf machen. Meine Ausführungen in der betreffenden Versammlung habe ich zum größten Teil auch gar nicht gegen die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes und den Bezirksleiter Franz gerichtet, sondern gegen Personen, mit deren Tätigkeit ich mich nicht einverstanden erkläre. Lohnt und die nach meiner Ansicht geeignet war, die Arbeiterbewegung zu schädigen. Soweit sie sich aber gegen die Bezirksleitung des Verbandes und den Kameraden Franz richteten, sind mir diese Ausführungen in der Erregung, in der ich mich damals befaß, unterlaufen.

Gindenburg, den 31. August 1923. Peter Mischuba.

Da es dem Kameraden Franz natürlich nicht daran liegt, Nach zu über, sondern nur die Wahrheit festzustellen, so hat er die Klage gegen Mischuba zurückgezogen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 38. Woche (vom 16. bis 22. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Der „Jungbörn“ muß leider im Monat September ausbleiben. Technische Schwierigkeiten in unserem Schmierbetrieb, verursacht durch die Besetzung, behindern die Drucklegung.

Adressenveränderung.

Bras II. Vertrauensmann ist jetzt Gustav Gud, Substr. 84.

Neu erschienen! Otto Kue. Neu erschienen! Die Bergarbeiter (1. und 2. Band)